„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Einzelpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigentarife auf Verlangen mitgeteilt.

# Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str. Regina, Sask., or call at our office and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

'Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. November 1923 | 12 Seiten | Nummer 54

## Provinzen begünstigen Aenderung der Einwanderungsgesetze

### Ungarn und Tschecho-Slowakei auch erwünschte Einwanderer.

Ottawa. — Eine Aenderung der bestehenden Einwanderungs-Gesetze, auf eine Milderung der bisherigen Beschränkungen hinzielend, um eine zahlreichere Einwanderung nach Canada zu ermöglichen, ohne hingegen das Prinzip der Auswahl fallen zu lassen, wurde von den Vertretern der canadischen Provinzen auf der am letzten Donnerstag zu Ende gekommenen Konferenz über die künftighin zu befolgende Einwanderungspolitik der Dominion gutgeheißen.

Hon. J. A. Robb, Canadas Minister für Einwanderung, wies auf die in letzter Zeit vielfach geförderte „Politik der offenen Türe" hin und sagte, daß sich die Regierung unter allen Umständen das Recht der endgültigen Entscheidung durch Inspektion der neuen Ankömmlinge im Landungshafen vorbehalten müsse. Abgesehen von diesem Punkte sei es die Politik der jetzigen Regierung, alle Einwanderer willkommen zu heißen, die körperlich und geistig gesund seien, vorausgesetzt, daß sie sich willig hiesigen Verhältnissen anpassen und gesunden Anteil am canadischen Nationalleben zu nehmen versprächen. Auch betonte Hon. Robb, daß er Verhandlungen mit den verschiedenen Transport-Gesellschaften anzuknüpfen gedenke, um möglichst niedrige Beförderungsraten für die neuen Einwanderer zu erlangen.

Premier Dunning von Saskatchewan äußerte sich stark zugunsten einer energischen Einwanderungs-Politik, bestand jedoch auf das Prinzip der Auswahl erwünschter Einwanderer. Er meinte, das Einwanderungs-Departement solle der Einwanderung aus den britischen Inseln und Nord-Europa den Vorzug geben und daß mitteleuropäische Länder mit etlichen Ausnahmen an zweiter Stelle berücksichtigt werden sollten, während die Auswahl aus Süd-Europa mit großer Vorsicht getroffen werden müsse.

Hon. Charles Stewart, Minister des Innern, dem vor Hon. Robbs Uebernahme des Einwanderungs-Departements diese Abteilung unterstand, sprach sich in ähnlichem Sinne wie Premier Dunning aus.

Hon. J. E. Meyers von Prince Edward Island sprach sich dagegen aus, daß ausschließlich nur Farmer nach Canada gebracht werden sollten. „Unsere Farmer züchten auch Vieh; aller Art und die Nachfrage nach Schlachtvieh ist nicht genügend groß, um die Viehzucht einigermaßen lohnend zu gestalten. Wenn diese Produktion jetzt noch weiter erhöht wird, wie sollen dann die Farmer ihre Produkte loswerden?" fragte Hon. J. E. Meyers. Die Eisenbahnen benötigen eine größere Bevölkerung, um ihren Betrieb wirksam und ohne Verlust aufrecht zu erhalten, sagte er, und eine größere Bevölkerung würde auch einen größeren Verbrauch canadischer Produkte bedeuten. Aber um diesen wünschenswerten Zustand zu erreichen, müßten auch Einwanderer aller Klassen ins Land gebracht werden, ob sie nun Farmer, Fabrikarbeiter oder Handwerker seien.

Hon. Robb versicherte den Delegaten, daß er beabsichtige, gewisse Einschränkungen, welche die Zuwanderung erwünschter Elemente bisher verhindert habe, aus dem Wege zu räumen. Für Einwanderer aus Großbritannien und den Ver. Staaten hätten bisher praktisch keine Beschränkungen bestanden, ob sie nun Farmer oder Handwerker waren. Für Einwanderer aus skandinavischen Ländern, Belgien, Holland, Frankreich und der Schweiz hätten nur Bestimmungen bezüglich ihrer körperlichen und geistigen Verfassung bestanden. Hon. Robb sagte, daß er glaube, daß in diese Kategorie der wünschenswerten Einwanderer auch die Ungarn und Tschecho-Slowaken gezählt werden sollten, welche dafür bekannt seien, daß sie wirklich aufs Land gingen und auch dort blieben. Während er einer weit offenen Türe vom Atlantik bis zum Pazifik nicht das Wort rede, sagte Hon. Robb zum Schluß, so stimme er doch mit den Delegaten in dem Punkte überein, daß alle Beschränkungen beseitigt werden sollten, welche dazu angetan seien, wünschenswerte Einwanderer aus Canada fernzuhalten, die willig zur Arbeit und zum Anschluß an das canadische Nationalleben seien.

Manitoba war die einzige Provinz, deren Delegation für eine größere Einwanderung nicht sehr zu begeistern war. A. A. Hoey, Provinzial-Abgeordneter für Springfield, Man., sagte, daß Winnipeg befürchte, die Stadt müsse ohne Dominion Beihilfe die vielen Beschäftigungslosen unterhalten, die jetzt schon zahlreich genug in Winnipeg vertreten seien. In Winnipeg herrsche seit Jahren das Gefühl vor, daß diese westliche Stadt mehr auswärtige Hülfsarbeiter aufzunehmen gezwungen werde, als sie tatsächlich in der Lage sei, unterzubringen und von welchen alljährlich viele Hunderte eine große Bürde der Wohltätigkeits-Abteilung der Stadtverwaltung seien. Manitoba könne nur Einwanderer gebrauchen, die auch wirklich aufs Land gingen und nicht solche, welche die Reihen der Arbeitslosen noch vermehrten.

Man kann letzterem Delegaten ja nicht so ganz unrecht geben, denn Winnipeg scheint seit Jahren das Mekka viele Leute (es sind gewiß nicht viele Einwanderer aus Mittel-Europa darunter) zu sein, denen das Stadtleben mehr imponiert und die nicht gerne aufs Land gehen und fleißig arbeiten, solange sie ihr Leben notdürftig durch periodische Tagesarbeiten oder gar Bettel fristen können. In diesem Falle ist es eben Sache der Einwanderungsbehörden, darauf zu sehen, daß die neuen Einwanderer so gleichmäßig wie möglich im Westen verteilt werden, hauptsächlich aber nach den ländlichen Distrikten geleitet werden, wo sie als Farmarbeiter Unterkunft finden können, bis sie eventuell in der Lage sind, die Farmerei auf eigene Faust zu betreiben.

## Progressive Partei vor Krisis?

Ottawa, 20. Nov. — Die progressive Partei im Parlament sieht sich in der kommenden Sitzung einer ernsten Krisis gegenüber. Beschlüsse, die von Ontario Lokalgruppen der United Farmers gefaßt wurden und anraten, sich von aller politischer Tätigkeit zurückzuziehen, gelten als bezeichnend und sind eine Folge der verhängnisvollen Niederlage, welche die Farmerpartei in den Ontario Wahlen erlitten hat. Anzeichen deuten auf eine Wiederkehr der alten Parteiverhältnisse im Dominion Parlament hin. Etwa 25 Sitze werden jetzt von den Progressiven Ontarios gehalten und wenn diese zurückgehen, dann ist die Krisis da. Dazu kommen Berichte von einem Niedergange der Farmerbewegung im Westen. Anhänger der Farmerpartei drängen auf eine Konvention, um über Schritte für die Zukunft zu beraten. Jedenfalls wird es sich auf der kommenden Session zeigen, ob die progressive Partei als eine federale Einheit kommen oder gehen wird. Gegenwärtige Anzeichen deuten auf die letztere Möglichkeit hin.

### Exkanzler Wirth schwer krank

Berlin, 20. Nov. — Der vormalige Kanzler Wirth ist an einem Herzleiden schwer erkrankt. Die letzte Oelung wurde ihm gereicht.

### Neues Geld in Oesterreich

Wien, 20. Nov. — Wie die Blätter melden, sollen in der nächsten Zeit durch die österreichische Nationalbank neue Banknoten herausgegeben werden, die gegen die alten Kronennoten der österreichisch-ungarischen Bank umgetauscht werden müssen. Gegen eine alte Tausendkronennote wird man eine Einheit der neuen Währung erhalten. Die gegenwärtigen Scheine zu einhundert Kronen werden als Scheidemünzen gelten, während die Tausender allmählich aus dem Verkehr gezogen werden. Die kleinste Note in Oesterreich wird also zehntausend Kronen wert sein und mit einer Einheitsbezeichnung erscheinen. Auf diesem Wege würde, ohne daß eine Veränderung im Werte der österreichischen Banknoten vor sich geht, eine einheitliche Berechnung ermöglicht. Eine Abstempelung der alten Banknoten wird nicht vorgenommen werden.

### England wird am 15. Dezember $92,000,000 an die Ver. Staaten bezahlen

Washington, 20. Nov. — Die britische Regierung teilte den Ver. Staaten formell mit, daß am 15. Dezember eine Zahlung von $92,000,000 für das Kriegsschulden-Konto gemacht würde. Durch diese Summe wird das diesjährige Programm der Zahlungen vollendet werden. An Stelle von Gold werden britische Bonds zu diesem Betrage hinterlegt werden. Diese sind bereits ausgemacht worden und haben wenig Einfluß auf die Umwechselungsrate gehabt, was ein Beweis für ein gesundes Finanz-System ist, sagte der Schatzamts-Sekretär Mellon.

# Frankreich droht weiteren Landraub als Strafe an

## Deutschlands Leidenskelch bis zum äußersten Rande gefüllt

Poincare ist entschlossen, weitere scharfe Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland zu treffen, selbst sollten alle Alliierten ihre Mitwirkung verfolgen. Dieses Ultimatum stellte Poincare Donnerstag dem Botschafterrat in Paris, als dieser sich auf Samstag vertagte, da eine Einigung zwischen Frankreich und England nicht erzielt werden konnte. Poincare forderte die Auslieferung des früheren deutschen Kronprinzen, bestand darauf, daß, sollte Deutschland die Auslieferung verweigern, Bremen und Hamburg besetzt werden sollten. Die Weigerung Deutschlands der Wiederaufnahme der Tätigkeit der alliierten Militärkontroll-Kommission jetzt seine Zustimmung zu geben, beantwortete Poincare im Botschafterrat mit der Forderung, weitere Gebiete Deutschlands als Strafmaßnahme zu besetzen, so vor allem Frankfurt und Elberfeld.

Allen diesen nutzlosen und unbegründeten Forderungen stellte der Vertreter Englands ein Nein entgegen. Er erklärte, daß seine Regierung die Frage des Exkronprinzen auf sich beruhen lassen wolle und auch gegen jede weitere Gewaltmaßnahmen wegen der Weigerung Deutschlands in der Frage der Militärkontrollkommission sei. Welche Stellung der belgische und der italienische Vertreter einnahmen, wurde nicht gemeldet. Doch scheinen sie auf Seiten Englands zu stehen. Dies läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit aus dem Ultimatum Poincares schließen. Die Ver. Staaten haben sich in Sache des Exkronprinzen schon früher im gleichen Sinne wie jetzt England erklärt. Poincare bezw. Frankreich steht allein.

Gleichzeitig kommt die Meldung, daß alle Verhandlungen zwischen den Franzosen und den Vertretern der deutschen Industrie in der Ruhr abgebrochen wurden, da letztere sich den Forderungen Frankreichs nicht fügen wollen. Ein französisches Ultimatum ist angekündigt.

Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie vom 25. November an keine Arbeitslosenunterstützung in der Ruhr und den Rheinlanden mehr zahlen könne und werde, sowie daß sie auch keine Reparationen mehr leisten würde, bis die Ruhr geräumt und der vor dem 11. Januar d. Js. herrschende Zustand wieder hergestellt werde, hat die Wut Poincare's schon stark entfacht, die neuesten oben erwähnten Entwickelungen haben sich noch verstärkt. Frankreich ist entschlossen, es auf eine weitere Kraftprobe ankommen zu lassen. Man wird nicht fehlgehen, wenn man mit einer Besetzung Frankfurts und Elberfelds in den nächsten paar Tagen rechnet. Poincare wird das ihm von der französischen Kammer erteilte Vertrauensvotum ausnützen u. versuchen, mit aller Gewalt eine weitere Zerstückelung Deutschlands herbeizuführen.

Nur ein geringer Hoffnungsstrahl kommt von Washington über London. Im britischen auswärtigen Amte wurde sehr stark angedeutet, daß Staatssekretär Hughes sehr wahrscheinlich in allernächster Zeit in einer Erklärung die Notwendigkeit betonen werde, die Auseinanderreißung Deutschlands in kleine Staaten zu verhindern. Möglich wäre es, daß Washington, aufgerüttelt besonders durch das beleidigende und freche Verhalten Frankreichs den Vereinigten Staaten gegenüber in der Frage der internationalen Reparationen-Kommission, sich endlich zu einem scharfen Machtworte aufrafft. Aber viel Hoffnung haben wir nicht. Deutschlands Leidenskelch scheint noch nicht ganz gefüllt.

### Separatistenbewegung macht Vertrag wirkungslos, erklärt England.

Paris, 20. Nov. — Der britische Botschafter Marquis von Crewe behändigte dem Premier Poincare eine Note, die in längerer juridischer Ausführung den britischen Standpunkt vertritt, betreffend die Einwirkung der Separatisten-Bewegung im Rheinland auf den Versailler Vertrag. Von britischer Seite wird geltend gemacht, daß der Vertrag mit dem Deutschen Reich für alle deutschen Bundesstaaten unterzeichnet worden ist und daher Staaten, die sich vom Reiche lostrennen, nicht außerlegt werden könnte. Diese Auffassung betrachtete Poincare als unbegründet.

Der französische Premier überreichte darauf dem britischen Botschafter eine Note, in welcher die Behauptung, daß französische Beamte Parteinahme für die Separatistenbewegung bekundet hätten, bestritten wird. Dies war die Antwort auf ein von Lord Crewe am 9. November überreichtes Memorandum, enthaltend britische Berichte, daß die französische Behörden an der Separatisten-Bewegung im Rheinland beteiligt seien.

### Französische Drohung.

Berlin, 20. Nov. — Frankreich hat mit Ausweisung arbeitsloser Personen aus den besetzten Gebieten gedroht, wenn die Reichsregierung die Hilfszahlungen einstellt. Dadurch würde Frankreich Deutschlands Versuch begegnen, ihm die Verantwortung für das Wohlergehen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten aufzuladen.

## Letzte Nachrichten

**Moskau. — Arbeitsminister V. V. Schmidt reichte seine Resignation ein, die angenommen wurde. Eine Erklärung wurde nicht gegeben. Dies ist der erste Rücktritt eines Mitgliedes der Bolschewisten-Regierung.**

**Paris. — Der Gesandtenrat vertagte sich gestern unverrichteter Dinge, da den britischen und belgischen Gesandten von ihren Regierungen noch keine Anweisungen bezüglich der Note an Deutschland in der Kronprinzen- und Militärkommission-Frage zugegangen waren.**

**London. — Neuere Nachrichten aus Paris deuten auf ein Nachgeben Poincares in der Kronprinzen- und Militärkontrollfrage. Es heißt, daß Frankreich englischem und italienischem Druck nachgegeben habe und vorläufig keine der angedrohten „Strafmaßregeln" ergreifen werde.**

**Regina. — Die Bevölkerung der Provinz Saskatchewan betrug im Jahre 1922 laut soeben veröffentlichtem Bericht des Direktors Stuart Muirhead vom Statistischen Amt der Provinzial-Regierung 785,508 Seelen, eine Zunahme von 27,996 seit dem Zensus vom Jahre 1921. Während des Jahres wurden 22,815 Geburten, 5,051 Trauungen, 32 Ehescheidungen und 6,666 Todesfälle registriert.**

**Moskau. — Georg Tschitscherin, der bolschewistische Auslandsminister, hat in einer Note an die Liga der Nationen die Weigerung Rußlands angekündigt, an der internationalen Eisenbahn-Konferenz zu Genua teilzunehmen. Er gab als Grund an, daß die Liga die Gleichheit der Nationen nicht aufrecht erhalte und nur eine politische Liga sei.**

**Berlin. — Kanzler Stresemann sagte im Verlaufe einer Verteidigung seiner Politik folgendes: „Wir werden infolge der Rückkehr des Kronprinzen mit weiteren Strafen bedroht. Ich halte aber dafür, daß es besser ist, neue französische Brutalität anstatt die Schmach zu ertragen, daß der letzte Deutsche, der im großen Kriege kämpfte, getrennt von seiner Familie länger in der Verbannung verbleibt. Alle diese Bürden müssen wir ertragen nebst unseren politischen Lasten. Wir werden wahrscheinlich um Auslieferung des Kronprinzen ersucht, welches Verlangen wir selbstverständlich abweisen werden." (Großer Beifall.) Der Kanzler versicherte ferner, daß die politischen und diplomatischen Schritte Deutschlands jetzt Frankreich in eine Lage gebracht habe, in der es sich nie vorher befand, indem beide angelsächsischen Mächte jetzt für die gleichen Ideale einträten, während Italien sich von Frankreich trenne und Belgien im Wanken begriffen sei. Dies bedeute den Anmarsch einer neuen Aera für Deutschland, selbst wenn Frankreich sich weiteren Gewalttaten hingebe.**

**Bevölkerung in der Ruhr mag zur Verzweiflung getrieben werden.**

Berlin, 20. Nov. — Besetzt von feindlichen Truppen, verlassen vom Reiche und leidend von der großen Arbeitslosigkeit steht die Ruhr jetzt dem bittersten industriellen Kriege gegenüber, welcher die Bevölkerung zur Verzweiflung zu treiben droht. Der Kampf beginnt mit der Ankündigung, daß die Bergwerksbesitzer in der Ruhr alle Arbeiter am 30. November entlassen würden und daß bei der Wiederaufnahme des Betriebes nur 70 Prozent der Arbeiter wieder angenommen werden sollen und daß diese sich zu der Vereinbarung verstehen müßten, daß sie bis zu neun oder zehn Stunden den Tag für niedrigere Löhne arbeiten würden.

**Schlimme Arbeitslosigkeit in Deutschland.**

Berlin, 20. Nov. — Eine halbamtliche Erklärung über die Arbeitslosensituation enthält eine Statistik, welche zeigt, daß es in dem besetzten Gebiete zwei Millionen Arbeitslose gibt. Es wird hinzugefügt, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung des Gebietes als arbeitslos bezeichnet werden müßte, falls die Angehörigen der Arbeitslosen und diejenigen Personen, welche nur einen Teil der Zeit arbeiten können, in diese Statistik aufgenommen würden.

In dem unbesetzten Gebiet erhalten 700,000 Arbeitslose und 1,500,000, welche nur einen Teil der Woche Beschäftigung haben, Unterstützung, während man bei Einrechnung solcher Personen, die keine Unterstützung erhalten, sehen würde, daß mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung außer Arbeit ist. Die Zahl der Arbeitslosen würde viel größer sein, wenn das System der Teilzeitarbeit nicht in ausgiebigem Maße angewandt würde.

**Stresemann von All-Deutschen aufgefordert, mit Frankreich zu brechen.**

Berlin, 20. Nov. — Mitglieder der All-deutschen Partei üben auf Kanzler Stresemann einen Druck aus, mit Frankreich selbst unter dem Risiko eines Krieges zu brechen. Stresemanns Plan, der Ruhrbevölkerung die Unterstützung sofort zu entziehen und die Verantwortung für deren Versorgung auf Frankreich abzuwälzen, wie angekündigt wurde, wurde in der Weise angesehen, daß es für die Forderung der Alldeutschen ausschlaggebend gewesen sei. Deutschland würde die Verbindung abbrechen und würde Frankreich tun lassen was es will, ist der Plan der Alldeutschen. Obgleich ein solcher Schritt den sicheren Verlust der Ruhr und der Rheinlande für Deutschland bedeuten würde, würde die deutsche Regierung doch nie den Verlust anerkennen und würde denselben nur als zeitweilig ansehen. Die Unterstützung der Bevölkerung in dem Distrikte soll am 25. November eingestellt werden, wenn die Pläne, welche vom Kanzler Stresemann und den Vertretern dieser Distrikte angenommen wurden, ausgeführt werden sollten. Der neue Minister des Innern, der frühere Bürgermeister von Duisburg, Dr. Jarres, soll gesagt haben, daß dies den zeitweiligen Verlust der Ruhr und der Rheinlande bedeuten würde, wie die Meldung lautete. Aber ein geeintes Deutschland wird wiederkommen in der Zukunft, soll er hinzugefügt haben. General Erich Ludendorff, einer der Führer im Hitlerschen Staatsstreiche, trauerte am Grabe seines ergebenen Dieners und versprach, daß der Kampf weiter gehen würde. Der Diener Kurt Neubauer sprang vor Ludendorff, um ihn gegen Maschinengewehrkugeln zu beschützen, welche von den Truppen der Reichswehr bei der Unterdrückung der Erhebung gefeuert wurden; Ludendorff trat an das Grab heran, nahm seinen Helm vom Kopfe und sagte: „Ich werde weiter kämpfen." Prinz Heinrich von Holland befragte den Kanzler Stresemann und man hält diese Zusammenkunft für sehr wichtig hinsichtlich der Rückkehr des Kronprinzen und der Gerüchte, daß der frühere Kaiser auch nach Deutschland zurückzukehren beabsichtige.

(Fortsetzung auf Seite 4.)

## Der Courier-Kalender
### Deutsch-Canadischer Hausfreund für 1924

wird in einigen Tagen fertig zum Versand sein und sollten alle Freunde eines gediegenen deutschen Familien-Kalenders ihre Bestellungen für denselben jetzt sofort an die Courier-Office nebst dem Betrag von 50c pro Exemplar einsenden. Agenten erhalten für größere Bestellungen entsprechenden Abschlag. Es ist zu erwarten, daß die diesjährige Ausgabe unseres Kalenders sehr schnell ausverkauft sein wird und deshalb sollten die Bestellungen so schnell wie möglich eingesandt werden.

Der Inhalt ist äußerst gediegen, lehrreich und interessant. Es sind viele hübsche und spannende Erzählungen darin enthalten, und vor allem verdient eine interessante Arbeit über Canada und den Westen und sein Deutschtum die Aufmerksamkeit aller deutschsprechenden Bürger Canadas. Dieser Beitrag stammt aus der Feder des allen Lesern deutscher Zeitungen im ganzen Westen wohlbekannten und geschätzten Herrn Gotthard Maron von Winnipeg, welche Tatsache eine Garantie dafür sein dürfte, daß der neue Courier-Kalender „Der Deutsch-Canadische Hausfreund", im kommenden Winter in jedem deutschen Hause in Canada zu finden und eine gesunde und lehrreiche Lektüre bilden wird.

Ferner ist diesmal der Courier-Kalender mit einem ganz neuen Kalendarium ausgestattet, das zuverlässig und sowohl für Katholiken als auch Protestanten gleich wertvoll ist.

Kurz gesagt, der „Courier" hat keine Mühen und Kosten gescheut, den neuen Kalender für das Jahr 1924 zu einem wahren Hausschatz zu machen, der in keinem deutschen Hause unserer neuen Heimat fehlen sollte.

Der Courier

1835—37 Halifax Straße, Regina, Sask.

## Englisch-amerikanische Entente prophezeit

Washington, 20. Nov. — Eine englisch-amerikanische Entente wodurch eine mehr aktive Teilnahme der Ver. Staaten an den Angelegenheiten der Welt herbeigeführt würde, wurde als Resultat der Ereignisse hier und in London prophezeit. Der frühere britische Premier Lloyd George, der Apostel der englisch-amerikanischen Ko-operation hat seine Bereitwilligkeit erklärt, Lord Curzon als Auslandsminister zu ersetzen, wenn die vereinten Liberalen in den in drei Wochen stattfindenden Parlamentswahlen siegreich sein sollten. Man weiß, daß Lord Curzon wenig Sympathien für die amerikanischen Ansichten und Bestrebungen hat. Auf der amerikanischen Seite des Bildes wird der frühere Senator Frank B. Kellogg aus Minnesota, der Führer der milden Reservationisten in dem Streite um die Liga der Nationen, Gesandter in Großbritannien, um die Stellung des Obersten Harvey einzunehmen, welcher erklärte, daß die Ver. Staaten verdammt froh sein sollten, daß sie in Europa nichts mehr zu suchen hätten. Oberst Harvey und Herr Kellogg hatten eine lange Konferenz im Weißen Hause, der zurücktretende Gesandte brachte aus London viel wertvolle Auskunft über die Verhältnisse in Europa, aber Herr Kellogg wird seinem eigenen Urteile folgen, wie er sich zu den dortigen Zuständen stellen wird.

### Lloyd George nach Rückkehr aus Amerika sehr populär

Sollte Lloyd George, der Auslandminister werden, würde durch Gesandten Kellogg leicht ein Weg gebahnt werden für die engste amerikanisch-britische Kooperation, welche zur Teilnahme der Ver. Staaten an den europäischen Streitfragen führen könnte. Der Hintergrund für die heutigen Entwickelungen wurde vor zwei Wochen entworfen, als Herr Lloyd George lange Konferenzen mit Sekretär Hughes, dem leitenden Geiste der Auslandspolitik dieses Landes hatte. Diese intimen Konferenzen wurden Verhandlungen ähnlich um die Ver. Staaten zu veranlassen, in die europäische Reparationen Streitfrage einzugreifen, Lloyd George hat amerikanisch-britische Kooperation im allgemeinen und die Annahme des Hughes'schen Reparationen-Planes im besonderen verlangt. Der frühere britische Premier hat kein Geheimnis aus seinem Wunsche gemacht, als eine machtvolle Person wieder in die Regierung seines Landes einzutreten. Seine Reisen in Amerika, der Enthusiasmus, mit welchem er in den Ver. Staaten aufgenommen wurde, die vielen Aufmerksamkeiten, welche ihm hier von den höchsten Beamten erwiesen wurden, haben dazu beigetragen sein Ansehen in England sehr zu heben. Lloyd George kehrte nach England zurück als ein Mann, der mit der offiziellen amerikanischen und der öffentlichen Meinung in engerer Verbindung stand, als irgend ein anderer Engländer.

## Wilhelm denkt vorläufig nicht daran, nach Deutschland zurückzukehren.

Doorn, 20. Nov. — Der frühere deutsche Kaiser geht wie gewöhnlich seinen täglichen Beschäftigungen nach, ohne sich um die Nachrichten zu kümmern, daß er sich zu der Heimkehr nach seinem Vaterlande vorbereite. Es wird hier behauptet, daß absolut keine Grundlage für die Meldung vorhanden sei, daß er und seine Begleitung Pässe zu einer Reise nach Berlin erhalten hätten, und seine intimen Freunde erklären, daß er garnicht daran dächte, Doorn zu verlassen. Dr. Kan vom holländischen Ministerium des Innern, welcher mit dem früheren Kaiser eine lange Konferenz hatte, mag etwas mit der Meldung zu tun haben, daß der frühere Kaiser weiterhin in Holland bleiben würde, weil man annimmt, daß der Zweck seines Besuches war, nachzuforschen, was der Kaiser wirklich vorhabe und ihn auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, welche Holland erwachsen würden, wenn er dem Kronprinzen nach Deutschland folgen sollte. Aber es wird weiterhin berichtet, daß die Gesundheit des früheren Monarchen sehr zu wünschen übrig lasse und sein Leibarzt, welcher in Amsterdam wohnt, ist hier seit einigen Tagen.

### Neue Pläne der Ex-Kaiserin Zita.

Budapest, 20. Nov. — Graf Julius Andrassy tritt dem „Az Est" zufolge demnächst in Begleitung mehrerer Legitimistenführer eine Reise nach Lequeito, dem Aufenthaltsort der Exkönigin Zita, an, wo das Eintreffen des aus den Ver. Staaten heimkehrenden Grafen Albert Apponyi ebenfalls erwartet wird. Der Bischof von Steinmanger, Graf Johann Mikas, sowie der gewesene Hofmarschall in Ungarn, Graf Anton Szeesen, werden gleichfalls an dieser Legitimistenkonferenz teilnehmen. Der „Az Est" schreibt der Bewegung der hervorragendsten Vertreter der legitimistischen Bewegung in Ungarn mit Königin Zita weitgehende politische Bedeutung zu und knüpft daran phantastische Kombinationen, die auch auf Oesterreich Bezug haben.

### Lloyd George nennt seinen Amtsnachfolger Baldwin einen Schwächling.

Southampton, 20. Nov. — Lloyd George begann seinen Wahlfeldzug mit einem heftigen Angriff auf Premier Baldwin. Er nannte seinen Nachfolger einen Schwächling in den Händen von Meuterern, welche das Staatsschiff auf die Klippen treiben. Das Land solle die Besatzung wechseln.